



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24851-39

Fernschreiber D886690

9/XII/19 - 23. Januar 1957

Hinweise

auf den Inhalt:

Vor dem Ende des Metallarbeiter-Streiks ?	S. 1
Hilferuf aus Österreich	S. 3
Polnische Bischöfe und das Regime Gomulka	S. 5

Der Stand der Bonner Verhandlungen

rd. - Nach den Veröffentlichungen aus dem Bundesarbeitsministerium haben die Verhandlungen der Tarifpartner im Streik der Metallarbeiter Schleswig-Holsteins nach 10stündiger Beratung noch zu keinem Ergebnis geführt. Nach der Ablehnung des Schiedsspruches hatte die IG.-Metall ihre weitere Verhandlungsbereitschaft und die Annahme eines tragbaren Kompromisses erklärt, aber schon in den Verhandlungen beim Bundeskanzler wurde ersichtlich, dass es insbesondere die Arbeitgeberseite war, die außer bei dem Punkt der Vertragsfristen kaum zu Zugeständnissen bereit war. Ihre Argumentation im Falle des Lohnausgleichs bei Krankheit für Arbeiter bewegt sich auf einer Linie, die sowohl für die Arbeiter als auch für die Ärzteschaft eine schwere Difamierung enthält. Unterstellt sie doch, dass die Arbeitnehmer ohne besonderen Grund krankfeiern und die Ärzte bereit sind, leichtfertig Arbeitnehmer krankzuschreiben. Es wird also für die IG.-Metall darauf ankommen, in einem Vorschlag zum Kompromiss gerade dieses Argument der Unternehmer zu entkräften.

Ein weiteres Argument der Unternehmer ist noch wie vor, dass eine tarifliche Regelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfälle die künftige Gesetzgebung präjudiziere. Das ist aber keineswegs der Fall. Die vorliegenden Gesetzentwürfe - und es gibt deren im Bundesarbeitsministerium drei - betreffen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfälle. Die IG.-Metall fordert jedoch, und zwar bis zu dieser gesetzlichen Regelung, den Lohnausgleich zwischen Krankengeld und bisherigem Lohn.

Die dem Bundesarbeitsministerium vorliegenden Gesetzentwürfe sind einmal der Entwurf der SPD, der die völlige Angleichung der Arbeiter an die entsprechende Regelung der Angestellten fördert, deren Kosten bisher auch die Unternehmen tragen. Der zweite Entwurf stammt vom CDU-Abgeordneten Sabel, der vorsieht, den Ausgleich zwischen Lohn und Krankengeld durch die Erhöhung der Beiträge zur Krankenversicherung vorzunehmen. Das würde zweierlei Recht schaffen. Der dritte Entwurf sieht sowohl eine Erhöhung der Beiträge der Versicherten als auch Zuschüsse der öffentlichen Hand und zusätzliche Leistungen der Arbeitgeber vor. Die Sache steht also in der Diskussion. Wie dazu aus Kreisen der CDU zu erfahren war, hat der Kanzler mit seiner Fraktion bereits diese Frage besprochen: Er ist der Meinung, dass die vorliegenden Entwürfe bereits Ende Februar dem Parlament zur Beschlussfassung vorliegen könnten. Es ist also absolut nicht zu verstehen, warum sich die Arbeitgebersseite so hartnäckig gegen eine tarifliche Regelung sträubt, die sehr bald durch eine gesetzliche abgelöst werden könnte.

Der Streik geht nun schon in die vierzehnte Woche, obgleich aus dem Obengesagten doch ersichtlich ist, dass man sich selbst in politischen Kreisen darüber klar ist, auf die Dauer das zweierlei Recht zwischen Angestellten und Arbeitern nicht mehr aufrechterhalten zu können. Man kann also nicht den Metallarbeitern in Schleswig-Holstein, wie es in jüngster Zeit so häufig gemacht wurde, die Schuld an den wirtschaftlichen Konsequenzen des Streiks zuschieben. Die hartnäckige Ablehnung der Arbeitgeber, ihre Weigerung, den Arbeitern das gleiche Recht wie den Angestellten zuzugestehen, ist die einzige Ursache für die Dauer dieses Streiks. Die Metallarbeiter könnten ihn schon deswegen nicht ohne einen Erfolg beenden, weil damit dann tatsächlich die Gesetzgebung präjudiziert würde. Jene Parteien in Bundestag und insbesondere die CDU, die seit über einem Jahr die Behandlung des SPD-Entwurfes über die Lohnfortzahlung in Krankheitsfälle im Bundestag verschleppen, würden unter Hinweis auf ein für die Arbeiter ungünstiges Streikergebnis den Arbeitern noch lange das gleiche Recht wie den Angestellten verwehren.

Untragbare Last

sp. - Mit dem Stichtag vom 17. Januar sind 167 480 ungarische Flüchtlinge nach Österreich gekommen, davon sind 69 763 in Österreich geblieben und 97 717 sind nach dem Ausland abgewandert. Bald ist der Tag nahe, wo unter unbeschreiblichen Strapazen mehr Flüchtlinge eintreffen als abtransportiert werden - in diesen Zahlen spiegelt sich eine Lage, die für unser südliches Nachbarland unerträglicher wird. Der Flüchtlingsstrom, der Ende Oktober vorigen Jahres von Ungarn seinen Ausgang genommen hat, stellt ungeheurere Anforderungen, denen Österreich bei all seiner so grossartig bewiesenen Hilfsbereitschaft schon in naher Zukunft nicht mehr gewachsen sein wird.

Diese nüchternen Feststellungen traf kürzlich vor der Wiener Auslandspresse der österreichische Innenminister Oskar Helmer. Seine Mitteilungen hat die kommunistische Propaganda bereits ausgenutzt, um in den Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs einerseits eine Hetze gegen die ungarischen Flüchtlinge zu entfachen, andererseits aber die ungarische Bevölkerung davor zu warnen, Hilfe vom Westen zu erwarten. Insgesamt hat nach Helmer Österreich bisher für die ungarischen Flüchtlinge 220 Millionen Schilling (etwa 35 Millionen DM) ausgegeben, von denen 120 Millionen Schilling aus den verschiedenen Hilfsfonds von Regierungen und privaten Hilfsorganisationen ersetzt wurden. 100 Mill. Schilling entfielen allein auf Österreich. Selbst wenn es noch zum Abtransport von 45 000 Flüchtlingen bis Ende Februar kommen sollte - eine Aussage der Liga Rote-Kreuz-Gesellschaften liegt vor - hat Österreich noch täglich eine Million Schilling aufzubringen, wobei in dieser Summe die Lasten für die neuen Flüchtlinge nicht inbegriffen sind. Berücksichtigt sind auch nicht die Kosten für die Rückkehrer aus den übrigen europäischen Ländern. Eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Flüchtlingen bekundet nach einigen Wochen Aufenthalt im Gastland den Wunsch nach Heimkehr nach Ungarn, bleibt jedoch denn in Österreich, dessen Milieu ihnen besser als das irgend eines anderen Landes zusagt. Zudem hoffen sie, von hier aus leichter nach Übersee zu gelangen.

Der Wille aber, Österreichs Bürde zu erleichtern, ist im erlahmen. Auf dem Höhepunkt der ungarischen Tragödie, unter dem Eindruck furchtbaren Geschehens öffneten sich in der westlichen Welt weit die Tore

23. 1. 1957

aktiver Hilfsbereitschaft, die internationale Solidarität zeigte sich in ihrer schönsten Blüte. Der Schwung und der Wille zu helfen, den Opfern der niedergeschlagenen, in Blut und Terror erstickten ungarischen Revolution eine Heimstatt zu gewähren, hieltten jedoch nicht lange an. Sie zeigten sich dem ungeheueren Flüchtlingsproblem nicht gewachsen. Wurde in den ersten Tagen und Wochen vor den Aufnahmefländern nicht nach Alter und Geschlecht gefragt, so haben jetzt nur noch junge, arbeitsfähige Ungarn und Ungarinnen Aussicht, dem Lagerdasein mit all seinen bedrückenden Begleiterscheinungen zu entronnen. Die Kranken und Alten bleiben Österreich zur Sorge überlassen. Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Nixon, liess sich zwar gerne mit kleinen ungarischen Flüchtlingsmädchen auf den Arm in Leuchtblauer der Kameras für Wochenschauer knipsen, aber aus seinem Lande kommt die Forderung nach einer Erüberung der bisher nach den USA gebrachten Flüchtlinge; man befürchtet, dass sich unter diesen auch Leute der verhassten ungarischen Geheimpolizei eingeschlichen hätten. Wohin mit den "Gesübarten" ? Als einziges Land kommt wiederum nur Österreich in Betracht...

Auf der letzten Tagung des Europarates in Strassburg fehlte es nicht an bewegenden Klagen über das traurige, das menschliche Gewissen herausfordernde Los der ungarischen Flüchtlinge. Bei diesen rhetorischen Bemerkungen sollte es nicht bleiben dürfen. Es genügt auch nicht die Einsetzung eines ungarischen Flüchtlingsrates.

Was nützt, dringend nützt, ist die Mobilisierung aller Hilfsmittel im internationalen Rahmen für die Unterstützung Österreichs in seiner Rolle als Vorposten der Menschheit, ernst droht seine Flüchtlingslast auch zu einer politischen Gefahr zu werden. Es allein diese Bürde tragen zu lassen, wäre eine Bünde gegen die europäische Solidarität, aber auch eine Missachtung der tapferen ungarischen Frauen und Männer aller Schichten, die den Terror entflohen. Mit erfrorenen Gliedmaßen kamen und kommen sie zu hunderten unter Lebensgefahr über die Eis- und Schneefelder der österreichisch-ungarischen Grenze, von der Hoffnung nach Geborgenheit und Schutz getrieben. Soll ihnen nur die Kälte stumpf und unempfindlich gewordenen Herzen begegnen ? Österreichs Hilferuf nach Unterstützung im Kampf um die Erhaltung und menschenwürdige Unterbringung dieser Flüchtlinge darf nicht unernört verhallen, wenn die europäische Solidarität ihre Probe bestehen und der kommunistischen Propaganda der Boden entzogen werden soll.

Zweiterlei Mass ?

Von Maria Meyer-Severick, MdB.

In einer der grössten katholischen Zeitschriften Frankreichs, "Témoignage Chrétien" berichtete in den letzten Wochen "eine katholische Persönlichkeit Polens" - unter einem Pseudonym - über die jüngste Entwicklung. Es heisst u.a. :

"...Mit der Formel Gomulka's: "Der polnische Sozialismus" - war das Volk spontan gewonnen. Denn das Adjektiv "polnisch" bedeutet das Ende einer leidenschaftlich gehassten Fremdherrschaft. Es war aber doch "die ausgestreckte Hand des Kardinals" nötig, damit das polnische Volk ohne Misstrauen auch dem Substantiv "Sozialismus" zustimmte. Zum Glück für Polen scheinen beide Männer das Gebot der Stunde vollauf begriffen zu haben..."

Ohne Frage hat der neue Parteichef der Kommunistischen Partei Polens, Gomulka, seit dem Oktober vergangenen Jahres das "volksdemokratische" Regime beträchtlich liberalisiert. Und natürlich beweist das Geschehen in Ungarn, wie gut beraten die Polen sind, wenn sie jeden noch so kleinen Schritt in die Freiheit sehr behutsam wägen, ehe sie ihn wagen. Dennoch ist Polens Regime nach wie vor kommunistisch, und jedenfalls denkt niemand im Ernst, hieran etwas zu ändern. Man möchte die spezifischen Formen des Stalinismus überwinden; man will kein Satellit des Kreml sein; man denkt an ein Bündnis des Regimes mit der katholischen Kirche (das auch der Pilsudski-Diktatur von so grossem Nutzen gewesen ist!); man möchte dem Sozialismus auf den ökonomischen Plan eine Ausrichtung geben, die der Struktur des Landes eher gerecht wird. Aber so wichtig das alles ist und werden kann, die polnischen Kommunisten sind damit doch erst in den Anfängen ihrer ^{inneren} Entwicklung begriffen, an deren Ende sie Sozialdemokratie in Deutschland vor Jahrzehnten bereits ans Werk ging, in unabdingbarer Treue zu den Prinzipien der Demokratie, die erste deutsche Republik zu schaffen.

Die am vergangenen Sonntag in Polen durchgeführten Wahlen haben Gomulka einen vollen Erfolg gebracht. Es waren nicht freie Wahlen, im Sinne jener Wahl zur Nationalversammlung, welche die deutschen Sozialdemokraten im Jahre 1919, wenige Wochen nach dem Sturz der Monarchie in einem Lande durchführen liessen, dessen chaotische Situation es vielleicht gerechtfertigt hätte, dieses freie Spiel der Kräfte

hinzuzuhalten, bis das Urteil der Menschen gereifter war als in den wirren Stunden eines allgemeinen Zusammenbruchs der staatlichen Ordnung.

Die polnischen Wahlen geben dem Staatsbürger eine - bis dahin in Polen freilich auch unbekannte - doppelte Freiheit. Er war erstens frei von äußerem Zwang, der Wahl fernzubleiben. Und die Stalinisten hatten eifrig gewöhlt, die Polen sollten nicht wählen. Denn nach dem Wahlgesetz Gomułkas ist die Wahl in solchen Bezirken ungültig, in denen die Beteiligung unter 50 Prozent bleibt. Zum anderen konnten die Polen unter 723 Kandidaten die gewünschten 459 Abgeordneten wählen. Über die Hälfte dieser Kandidaten gehörten der kommunistischen Partei an, sodass deren Mehrheit in jedem Falle gesichert galt. Überdies wünschten auch die nichtkommunistischen, unabhängigen Kandidaten keineswegs einen Umsturz der bestehenden Ordnung in Polen. Bezeichnend dafür ist ein Wort, das bei der Gründungsversammlung des "Club katholischer Intellektueller" in Krakau vor einigen Wochen gesprochen wurde: "Der Kapitalismus ist für uns auf jeden Fall eine abzulehnende Wirtschaftsform, der Sozialismus ist im Augenblick für Polen die beste mögliche Form". Das sagte der Chefredakteur einer seit kurzen wieder zugelassenen, im Auftrag der katholischen Bischöfe des Landes erscheinenden Zeitschrift "Tygodnik Powszechny". Die Zeitschrift war 1953 verboten worden, weil man sich damals weigerte, einen Nachruf aus "Väterchen Stalin" zu veröffentlichen.

Angesichts dieses Sachverhaltes ist es doch sehr bemerkenswert, dass Kardinal Wyscinski, der Primas des polnischen Episkopats, gemeinsam mit dem kommunistischen Parteichef Gomułka, die polnische Bevölkerung aufrief, von ihrem Wahlrecht eifrig Gebrauch zu machen. Ja, die Kirche machte es den polnischen Gläubigern zur "Gewissenspflicht" zur Wahl zu gehen. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben.

Sun, - auch in der Bundesrepublik Deutschland stehen Wahlen bevor. Auch bei uns gibt es Zeitschriften, die im Auftrag der katholischen Bischöfe herausgegeben werden; z.B. "Mann in der Zeit", das Organ der katholischen Männerschulsofge. Das Blatt erscheint in einer Auflage von rund einer halben Million. In dieser Zeitschrift läuft der Wahlkampf seit Monaten auf vollen Touren. In der Januar-Kummer 1957

über lesen wir:

"Die Antithese "Hier Christen - hier Sozialisten" ist berechtigt. Der Sozialismus ist eine Weltanschauung, die sich selbstbewusst im Gegensatz zum Christentum gestellt hat und heute noch steht. Wenn Christen versuchen, auch Sozialisten zu sein, so dienen sie zwei sich widersprechenden Weltanschauungen. Niemand kann aber zwei Herren dienen! Wenn das dem einzelnen gutgläubigen Sozialisten nicht bewusst ist, so können wir selbstwegen nicht darauf verzichten, die wahren grundsätzlichen Gegensätze immer wieder aufzuzeigen. Wahr ist aber und noch nicht widerlegt, was Papst Pius XI. in seiner Enzyklika "Quadragesimo Anno" (im Jahre 1931) geschrieben hat: "Der Gegensatz zwischen sozialistischer und christlicher Gesellschaftsauffassung ist unüberbrückbar".

Kardinal Wyscinski wird demnächst nach Rom reisen. Vielleicht klärt er auch diesen "kleinen Widerspruch" im Verhalten der katholischen Bischöfe Polens einem kommunistischen Regime gegenüber und dem der katholischen Bischöfe Deutschlands gegenüber der Sozialdemokratie.

+ + +

Verantwortungsbewusster Rundfunk

J.F.W. Der unfaire Propagandatrick des Bundeskanzleramtes, mit dem am Freitag vergangener Woche der Versuch unternommen wurde, im Zusammenspiel mit dem NDR die Wirkung der Pressekonferenz Ollenbauers auf die deutsche Öffentlichkeit durch eine in das Sendeprogramm eingeschobene Rede Dr. Adenauers zu verwischen, ist erfolglos geblieben. Das beweist das fast völlig ausgebliebene Presseecho auf diese Kanzlerrede zu genüge.

Von der Dienstbeflissenheit des NDR gegenüber dem Propagandastat Dr. Adenauers, die freilich diesmal dessen inhaltlose Rede nicht retten konnte, hebt sich erfreulich die Haltung aller übrigen deutschen Rundfunkanstalten ab. Ihnen allen wurde von Hamburg aus die Adenauer-Rede zur Übernahme in ihre Programme angeboten. Mit dem Hinweis, der Bundeskanzler werde zum Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein sprechen - der tatsächlich in der Rede mit keinem Wort erwähnt wurde - sollte dies Angebot noch besonders interessant werden. Alle angesprochenen Rundfunkanstalten aber lehnten die Sendung ab. Lediglich der NDR hatte durch seine Zwangskoppelung mit dem NDR auf der gemeinsamen Mittelwelle hierzu keine Möglichkeit.

Diese verantwortungsbewusste Haltung von sechs deutschen Rundfunkanstalten, die sich einem einseitigen Propagandamanöver versagten, verdient festgehalten zu werden. Hier wurde die Verpflichtung des Rundfunks, seine unabhängige Überparteilichkeit auch dort zu bewahren, wo im Nachgeben sicherlich einfacher ist, mit einer Undeutlichkeit bewahrt, die hoffnungsvoll stimmt. Diese Haltung sichert dem Rundfunk einen Zuwachs an Achtung und Ansehen, die sich für die sechs Anstalten in den kommenden Monaten des Wahlkampfes als wertvolles Kapital erweisen kann.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel